



**Verband der Schweizer Studierendenschaften
Union des Etudiant·e·s de Suisse
Unione Svizzera degli Universitari**

Schanzenstr. 1 Tel. +41 31 382 11 71 info@vss-unes.ch
CH-3001 Bern Fax +41 31 382 77 76 www.vss-unes.ch

Stellungnahme zum Steuerpaket

Anlässlich der eidgenössischen Abstimmungen vom 16. Mai 2004 wird dem Volk ein Referendum vorgelegt, das Steuerpaket anzunehmen oder abzulehnen, welches das Bundesparlament geschnürt hat. Der Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS empfiehlt Ablehnung dieses ungerechten und unangebrachten Multipacks, das von der Familienbesteuerung über die Hauseigentumsbesteuerung bis zur Stempelsteuer reicht, weil es zwangsläufig zu einer Leistungsminderung von Bund und Kantonen in so wichtigen Bereichen wie der Bildung führen würde. Das Steuerpaket verbindet nämlich verschiedene Steuersenkungen, und man weiss, dass eine Abnahme des Steuerertrags zu nichts anderem als zu Leistungsminderung führen kann. Dabei haben die Studierenden bereits feststellen müssen, dass der Bildungsbereich nicht verschont wird von den Sparmassnahmen sowohl des Bundes (sog. "Entlastungsprogramme") als auch der Kantone. Die Verteidigung der Interessen der Studierenden und ihrer Studienbedingungen verlangt daher Rückweisung des Steuerpakets.

Da der Staat schon heute seine grundlegenden Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann, ist eine solche Steuersenkung im derzeitigen Umfeld unangebracht, umso mehr, als das Steuerpaket ungerecht und verfassungswidrig ist. Tatsächlich kämen die Steuersenkungen hauptsächlich den reichsten Familien und den Hauseigentümer-inne-n zugute, und dies in einem Umfeld, da man bereits von der Einführung von Studiengebühren spricht, die am härtesten die wenig und durchschnittlich verdienenden Studierenden und ihre Familien treffen würden. Das neue System der Wohneigentumsbesteuerung brächte zudem einen Übergriff des Bundes auf die Angelegenheiten der Kantone und brächte diesen - den Hauptträgern der Universitäten und Fachhochschulen - erhebliche Steuerverluste, was sie schwer und nachhaltig schädigen würde. Schliesslich sind auch die Wirkungen des Steuerpakets für einen wirtschaftlichen Aufschwung bei weitem nicht bewiesen; selbst der Bundesrat musste diese relativieren (Antwort des BR auf eine dringliche Anfrage der NR Lucrezia Meier-Schatz, 15. Okt. 2003).

Für die Auswirkungen auf die Kantone sei als Beispiel die Waadt angeführt: Das neue Steuersystem fürs Wohneigentum brächte für Kanton und Gemeinden eine Einbusse von etwa 100 Millionen Franken jährlich, während die Familien praktisch nicht profitieren würden, da der Staatsrat die Absicht angekündigt hat, die Steuerausfälle zu kompensieren durch die Änderung der Abzugsmöglichkeiten. Der Kanton, der bereits das Budget der Universität Lausanne fürs Jahr 2004 um 13 Millionen Franken gekürzt hat, könnte einen solchen Ertragsausfall nicht verkraften. Daher unterstützt auch der waadtländische Grosse Rat - neben vielen anderen Kantonsparlamenten - das Referendum und ruft auf zu einem Nein zum Steuerpaket.

In Anbetracht der Gefahr, die das Steuerpaket für den Bildungsbereich in der Schweiz und für die kantonalen Universitäten im Besonderen darstellt, und angesichts der fraglichen Vorteile, die es bringen könnte, empfiehlt der Verband der Schweizer Studierendenschaften, zum Steuerpaket NEIN zu stimmen.

Steuern zu senken ist nicht auf jeden Fall sinnvoll, insbesondere dann nicht, wenn sie die Leistungen in einem derart wichtigen Bereich wie der Bildung gefährdet!

(verabschiedet vom Comite des VSS am 24. März 2004)